

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1873**

15.3.1873 (No. 63)

# Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 63.

Versteht täglich (Montag ausgen.)  
Preis 1 R. 15 Kr.; durch die Post bezogen  
1 R. 20 Kr. vierteljährlich.

Samstag, 15. März

Insertionsgebühr:  
die gespaltene Zeile ober oben  
Namen & Kreuze.

1873.

## \* Preussisches Herrenhaus.

Sitzung vom 10. März.

Wir heben aus dieser wichtigen Sitzung, über welche wir bereits in Kürze berichteten, Folgendes hervor. Es handelte sich um die Vorberathung des Gesetzesentwurfs, die Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassungsurkunde betr.

Die Grafen Krassow u. Borries beantragen, den Artikel 15 so zu fassen: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religions-Gesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber der Aufsicht des Staates zur Sicherung gegen Eingriffe in dessen Rechte, sowie in staatliche Rechte der Einzelnen unterworfen; diese Aufsicht regelt das Gesetz. Ebenso bleibt jede Religions-Gesellschaft im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Graf Krassow beantragt ferner, für den Fall der Annahme des Art. 18 nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses dem letzten Satze desselben, welcher lautet: „Im Uebrigen regelt das Gesetz die Befugnisse des Staates hinsichtlich der Bildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und stellt die Grenzen der kirchlichen Disciplinargewalt fest“, hinzuzufügen: „jedoch unbeschadet der vollen Selbstständigkeit der Kirchen- und Religionsgesellschaften in Bezug auf Lehre und Cultus.“

Nachdem Oberbürgermeister Gobb in und Prof. Zellertam für die Regierungsvorlage gesprochen, Graf Landsberg, v. Elen und Frhr. v. Zedlitz-Neukirch dagegen dieselbe bekämpft hatten, erhebt sich der Minister des Innern, Fürst Bismarck zu folgender Rede:

Der Redner (von Zedlitz) hat sich darüber beklagt, daß der Liberalismus — der Kürze wegen will ich mich dieses Ausdrucks bedienen — in den letzten Jahren Fortschritte gemacht habe. Bei einer analogen Debatte im vorigen Jahre habe ich vorausgesetzt, daß er noch mehr Fortschritte macht. Woran liegt das? Wesentlich an der Desorganisation des Gegengewichtes, der conservativen Partei; darin, daß die Regierung in dem Vertrauen auf die Unterstützung der Conservativen getäuscht ist; darin, daß die conservativen Partei den Ideen der Regierung bei der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz ein Misstrauensvotum gegeben hat. Das Vertrauen ist eine zarte Blume. Wenn es beiderseits zerbrochen ist, kommt es nicht so rasch wieder. Darauf ist die conservative Partei, geführt von wohlmeinenden, aber zu eifrigen Männern in sich selbst zur Zerfetzung gekommen. So ist es in den Verhandlungen in diesem Hause, denen ich nicht beigewohnt habe, dahin gekommen, daß das Haus seine eigenen Beschlüsse cassirt und die Regierung in eine Sadgasse gedrängt hat. Diejenigen, auf deren Unterstützung die Krone, oder ich will mich parlamentarischer ausdrücken, das Ministerium Sr. Majestät glaubte rechnen zu können, haben die Unterstützung nicht nur nicht gewährt, sondern in einer Form entzogen, daß die Regierung nicht mehr darauf rechnen konnte. Wie wollen Sie die Regierung und ihre Vorlagen anfragen? Wir leben nicht mehr in einem Lande, in welchem der König ohne Rücksicht auf die verfassungsmäßige Gestalt des Landes seine Minister wählen konnte. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, mich hinauszudrängen aus dem Ministerium. Die Voraussetzung, daß ich mich bei der Führung der Geschäfte an der Spitze einer conservativen Partei von einiger Bedeutung befinde, haben Sie zerstört. Beklagen Sie sich nicht über Dinge, die meiner Ueberzeugung nach, wesentlich Sie und die conservative Partei im andern Hause verschuldet haben. Der Redner hat ferner dieselbe Bahn betreten, die im andern Hause von den Gegnern der Vorlagen betreten worden ist, nämlich diesen Vorlagen einen confessionellen, kirchlichen Charakter zu geben. Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht und das Licht ist ein falsches, wenn man diese Vorlagen als confessionell betrachtet; sie sind wesentlich politische. Es handelt sich hier nicht, wie man im Lande vielfach verbreitet hat, um den Kampf einer evangelischen Dynastie gegen die kath. Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf von Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtkampf, der so alt ist, wie das Menschengeschlecht, um den Machtkampf zwischen Königthum und Priestertum, ein Machtkampf, der viel älter ist, als die Erscheinung unseres Erlösers, ein Machtkampf, in welchem Agamemnon in Aulis mit seinem Seher verflochten wurde, der ihm seine Tochter kostete und die Griechen an der Abfahrt verhinderte, der in der deutschen Geschichte des Mittelalters unter dem Namen des Kampfes der Päpste mit den Kaisern bekannt ist, der im Mittelalter seinen Abschluß darin fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beile eines französischen Eroberers, der mit dem Papste verbündet war, auf dem Schaffote starb. Wir sind in einer analogen Situation, überetzt in die Sitten unserer Zeit, sehr nahe gewesen. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Publication der vaticanischen Beschlüsse coincidirte, einen Erfolg gehabt hätte, so weiß ich nicht, ob man nicht auch auf dem Gebiete der katholischen Kirche ähnliche Erscheinungen gesehen hätte. Wesentlich ähnliche Pläne haben vorgelegen vor dem Kriege mit Oesterreich und vor Ulm. Es ist meines Erachtens eine falsche Auffassung und Fälschung der Politik, wenn man Se. Heiligkeit den Papst ganz ausschließlich als Priester oder als Vertreter des katholischen Kirchenthums betrachtet. Das Papstthum ist eine politische Macht jederzeit gewesen, die mit der größten Entschiedenheit und mit größtem Erfolge in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen und diese Eingriffe zu ihrem Programm gemacht hat. Dies Programm ist bekannt. Das, was dem

Papstthum ununterbrochen vorschwebte, war die Verwirklichung dieses Programms, die Unterwerfung des Staates unter die Kirche, also ein eminent politischer Zweck, ein Streben, welches so lange wie die Menschheit existirt. Es hat immer kluge Leute gegeben, welche die Behauptung aufstellten, daß ihnen der Wille Gottes genauer bekannt wäre, als anderen Menschen, daß sie also das Recht hätten, ihre Mitmenschen zu beherrschen. Daß dieses das Fundament der päpstlichen Ansprüche ist, ist ja bekannt; ich brauche nur an die hundertmal erwähnten Astenstücke zu erinnern. Der Kampf des Priestertums mit dem Königthum, in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, ist zu beurtheilen, wie jeder andere: er hat seine Bündnisse, seine Friedensschlüsse, seine Haltepunkte und seine Waffenstillstände; es hat friedliche, kämpfende und erobernde Päpste gegeben. Ebenso finden Sie Monarchen, die ihrerseits mehr oder weniger Vorliebe für den Frieden hatten. Dieser Machtkampf unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere. Es ist eine Verschiebung der Sache, die auf den Eindruck auf Leute berechnet ist, die sich die Sache nicht klar machen, wenn man sagt, es handelt sich um eine Bedrückung der Kirche. Es handelt sich um die Abgrenzung: wie weit soll die Priesterherrschaft, wie weit die Königsherrschaft gehen, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann; denn in dem Reiche dieser Welt hat er nun einmal das Regiment. Es handelt sich hier gar nicht um die Frage der Confession; ich kann in diesem Sinne anführen, daß leblich der durch und durch antikatolische König Friedrich Wilhelm III. es war, der auf die Herstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes drang und sie durchsetzte. Wir glaubten in den Verfassungsparagraphen, die hier in Rede stehen, einen modus vivendi gefunden zu haben, einen Waffenstillstand, der beschlossenen wurde in einer Zeit, wo der Staat sich hilfsbedürftig fühlte und diese Hilfe bei der katholischen Kirche zu finden hoffte. Es war nämlich die Erscheinung zu Tage getreten, daß in der Nationalversammlung von 1848 alle Kreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung Männer gewählt hatten, die wenn auch nicht royalistisch als die andern, doch mehr Freunde der Ordnung waren. Unter diesem Eindruck hat man damals den Frieden in dem Machtkampf zwischen dem geistlichen und weltlichen Schwerte geschlossen, nicht ohne Irrthum, wie schon die nächste Zeit zeigte. Der Staat war zwar genöthigt sich selber zu helfen; der Schutz, den er hoffte, war ihm nicht gewährt. Es war dieser modus vivendi, unter dem wir eine Anzahl Jahre in einem friedlichen Verhältnisse gelebt haben, nur durch eine ununterbrochene Nachgiebigkeit des Staates erkaufte, indem er seine Rechte in Betreff der katholischen Kirche rückhaltlos in die Hände einer Körperschaft legte, die zwar eine Behörde sein sollte zur Wahrnehmung der königl. Rechte gegenüber dem Papst, die aber schließlich eine Behörde wurde zur Wahrnehmung der Interessen der Kirche gegenüber den Rechten des Königs, ich meine die katholische Abtheilung im Cultusministerium. Wer die Verhältnisse näher gekannt hat, der hat sich schon häufig der Besorgniß hingeben, daß der Friede nicht von Dauer sein könne; aber bei meiner Neigung der Friedfertigkeit habe ich diesen Frieden mit all seinen Nachtheilen dem Kampfe vorgezogen. Es hat vielleicht kaum einen Moment gegeben, welcher geeigneter gewesen wäre zu einer Verständigung mit dem römischen Stuhle, als der am Schluß des französischen Krieges. Es sind darüber im andern Hause Unwahrheiten behauptet worden, die auf völliger Unkenntniß der Verhältnisse beruhen. Jedem, der mit uns in Frankreich war, ist bekannt, daß unser sonst gutes Verhältnis zu Italien während des ganzen Krieges, wenn auch nicht einer Erhebung, doch einer Verstimmung unterlag, die bis zum Abschluß des Friedens blieb. Es war eine auffallende Erscheinung, daß in Italien die Vorliebe für die Franzosen stärker war, als die Rücksicht auf die Interessen des Landes, welches im Verein mit uns auf den Schlachtfeldern die Unabhängigkeit von Frankreich hätte erkämpfen müssen. Wir haben es allein gekonnt, aber es ist eine Thatsache, daß uns italienische Truppen unter Garibaldi gegenüberstanden haben, deren Abgang vom Hause hätte verhindert werden können. Es trat eine glücklicher Weise vollständig überwundene Verstimmung zwischen Deutschland und Italien zu Tage. Wir waren weit entfernt, daß wir aus Vorliebe für Italien irgend etwas gethan hätten. Als wir uns noch in Versailles befanden, übertraf es mich einigermaßen, daß an katholische Mitglieder parlamentarischer Körperschaften eine Aufforderung erging, sich unbedingt mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob sie der Fraction, die wir heute unter dem Namen der Centrumsfraction kennen, beizutreten entschlossen wären und sich dazu verstehen wollten, in der Reichspolitik dahin zu stimmen und darauf zu dringen, daß diese Paragraphen in die Reichsverfassung aufgenommen würden. Mich erschreckte dieses Programm noch nicht so sehr, um so weniger, als ich wußte, von wem es ausging, von einem hochgestellten Kirchenfürsten, der die Aufgabe hatte, dahin zu wirken, und seine Aufgabe so erfüllte. Diese Bewegung war eingeleitet von dem früheren Bundesstagsgesandten v. Savigny, von dem ich nicht glaube, daß sein Einfluß sich in wesentlich regierungsfreundlicher Richtung bewegen würde. Ich führe nur die Gründe an, weshalb ich dieser Sache nicht so großes Gewicht beilegte. Als ich hierher kam, sah ich allerdings, wie stark die Organisation dieser Partei geworden war; ich sah die Thätigkeit der katholischen Abtheilung auf dem Gebiete der Bekämpfung der deutschen Sprache in polnischen Schulen; in Schlesien tauchte eine früher nicht vorhandene polnische Partei unter wesentlich geistlicher Leitung und Begünstigung auf. Aber auch das wäre noch nicht entscheidend gewesen. Was mich zuerst auf die Gefahr aufmerksam machte, war die Macht, die diese Partei während des Krieges erlangt hatte. Es wurden Abgeordnete

in den Kreisen, wo sie angesehen und angefeindet waren, abgesetzt und andere gewählt, die nicht einmal dem Namen nach bekannt waren. Es war eine straffe Organisation, eine Macht über die Gemüther gewonnen, wie man sie bedurfte, wenn man das Programm des Bischofs von Mainz verwirklichen wollte. Lesen Sie doch das Programm selbst in seinen Druckchriften nach; sie sind geistreich und angenehm geschrieben und in Jedermanns Hände. Es ging dahin, einen staatlichen Dualismus, die Errichtung eines Staates im Staate, einzuführen, einen Dualismus der schlimmsten Art. Denn in gewissem Sinne kann ein staatlicher Dualismus möglich sein, wie es sich an der Oesterreich-Ungarischen Monarchie zeigt; dort handelt es sich um zwei Staaten verschiedener Nationalität; bei uns aber um die Herstellung eines Confessionsstaates, dessen höchster Souverän ein ausländischer Kirchenfürst ist, der in Rom seinen Sitz hat. Wenn dieses Programm sich verwirklicht hätte, dann hätten wir anstatt des bis dahin geschlossenen preussischen Staates und des deutschen Reiches zwei parallel nebeneinander herlaufende Organisationen, die eine mit dem Generalstab in der Centrumsfraction und dem Souverän in Rom, die andere mit dem Generalstab in dem leitenden weltlichen Princip und dem Souverän in der Person Sr. Majestät. Die Regierung hätte ihre Pflicht vernachlässigt, wenn sie ruhig zugewartet hätte, wenn sie trotz der erstaunlichen Fortschritte, die dies antistaatliche Princip gemacht hatte, ihrerseits die Hände in den Schooß gelegt hätte. Sie war zur Vertheidigung genöthigt, sie war genöthigt, den Waffenstillstand, wie er in den Artikeln 15 und 18 niedergelegt ist, zu kündigen und einen neuen modus vivendi zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt herzustellen. Der Staat kann bei diesen Verhältnissen nicht bestehen, ohne zu inneren Kämpfen getrieben zu werden, die seinen Bestand gefährden. Die ganze Frage liegt darin: sind die Paragraphen dem Frieden und der Ordnung im Staate gefährlich? Wenn Sie für die Aufrechterhaltung der alten Artikel sind, so ist das eine Ueberzeugung, die die Staatsregierung nicht theilt, und sie kann die Geschäfte unter diesen Umständen nicht weiter führen. In diesem Kampfe wendet sie sich an das Herrenhaus mit der Bitte um Beistand und Hilfe zur Befestigung und Vertheidigung des Staates gegen Unterwürflungen, die seine Zukunft gefährden, und wir haben das Vertrauen, daß dieser Beistand bei der Mehrheit des Hauses nicht fehlen wird. (Lebhafte Beifall.)

Graf Landsberg-Wehlen vermahnt die Centrumsfraction gegen den Vorwurf, daß sie in dem Papste ihren Souverän erkenne, ihr Programm sei bekannt und klar, sie kämpfe für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Fürst Bismarck: Das das Rechtsverhältnis anbelangt, so zweifle ich gar nicht, daß die katholische Centrumsfraction in Sr. Majestät ihren Souverän anerkennt, aber ich habe mit diesem Ausdruck nur sagen wollen, daß sie thatsächlich auch anderen Mächten und Einflüssen folgt. Ich will mich auf Thatsachen berufen, die von den Führern dieser Partei ausgegangen sind. In dem Parteiprogramm war ausschließlich von der Vertretung des päpstlichen Interesses und zwar vom Interesse des Papstes als Souverän in seiner Kirche und in seinem Lande die Rede. Uebrigens glaube ich, daß diese Frage uns nicht weiter führt; was das Centrum ist, wissen wir alle, ich glaube auch, die neueren evangelischen Mitglieder desselben werden sich nicht scheuen, aus Sorge einer Opposition mit Rom sich mit ihrem geistlichen Souverän in Opposition zu setzen. Ich habe mich beschränkt; ich bin nur soweit in der Vergangenheit zurückgegangen, als es nothwendig war, um meine Ueberzeugung zu begründen, daß die Verfassungsänderung keinen kirchlichen, sondern einen politischen Charakter hat, und daß es falsch ist, wenn man über die Gefährdung einer Kirche klagt. Das war beim Schulaufsichtsgesetz ebenso; ich sehe aber bis heute noch nichts von einer Gefährdung.

Professor Baumstark vertheidigt mit ähnlichen Argumenten, wie sein Parteigenosse Zellertam das Gesetz. Ein Antrag des Grafen Landsberg-Wehlen, die Vorlage der Commission für die Kirchengesetze zu überweisen, wird abgelehnt. Graf Borries vertheidigt sein Amendement, während Graf zur Lippe in längerer Rede gegen das Gesetz spricht. Bemerkenswerth aus seinen Ausführungen ist besonders der Vorwurf, daß Fürst Bismarck nicht verstanden habe, die conservative Partei zu führen. Vertagung der Debatte.

## Deutschland.

Karlsruhe, 12. März. Die Karlsr. Ztg. schreibt: Nachdem die Prüfung der Liquidationen über Kriegseinstellungen zu Ende geführt ist, wird eine Uebersicht über die von Baden vom 15. Juli 1870 bis 1. Juli 1871 getragenen Lasten und die gewährten Vergütungen nicht ohne Interesse sein.

I. Durch Landlieferungen (§§ 5 und 6 des Bundesgesetzes über die Kriegseinstellungen vom 11. Mai 1851) wurden den Militärmagazinen in den Monaten August, September und October 1870 gestellt: 23,700 Centner Hafer, 1,005 Centner Heu, 3,400 Centner Roggen, 3,400 Centner Weizen, 665 Stück Ochsen. Die nach den durchschnittlichen Preisen zur Zeit der Lieferung bemessene Vergütung betrug 331,376 fl. 4 kr.

II. Den Truppen wurden als Naturalverpflegung von den Gemeinden, bezw. Quartierträgern verabreicht: 983,154 Tagesportionen mit Brod, 117,711

Tagesportionen ohne Brod, zusammen 1,161,865 Portionen; ferner Fourage: 23,471 Centner Hafer, 8324 Centner Heu und 10,047 Centner Lagerstroh. Als Vergütung für diese Leistungen wurde entrichtet: a. nach dem Gesetz vom 11. Mai 1851 (Tagesportion à 17½ Kr., Fouragevergütung nach den Friedenspreisen) 413,301 fl. 35 Kr.; b. nach dem Gesetz vom 23. Dec. 1871 — die Ausgleichung der Kriegslasten betr. — (Aufbesserung von 24½ Kr. für die Tagesportion), Fouragevergütung nach den Preisen zur Zeit der Lieferung 486,331 fl. 55 Kr.; zusammen 899,683 fl. 30 Kr.

III. Vorspann wurde geleistet: a. mit Zweispännern an 125,161 Arbeitstagen, b. mit Einspännern an 10,129 Arbeitstagen; zusammen an 135,290 Arbeitstagen. Die Vergütung (in der Regel 5 fl. 15 Kr. für den Tag) belief sich auf 736,001 fl. 7 Kr. Außerdem wurde für Verluste und Beschädigungen an Pferden und Wagen eine Entschädigung von 142,843 fl. 14 Kr. an beiläufig 500 Fuhrstellen entrichtet. Wegen Abtretung bespannter Wagen für den Wagenpark der badischen Division erhielten die Gemeinden der Amtsbezirk Durlach, Bruchsal, Bretten, Wiesloch 95,329 fl. 42 Kr.

IV. Für Stellung von Boien und Mannschaften zu fortifikatorischen Arbeiten wurden 18,110 fl. 16 Kr. vergütet.

V. Die Ueberlassung von Gebäuden und Grundstücken zu Kriegszwecken veranlaßte eine Entschädigung von 45,834 fl. 42 Kr.

VI. Die von den Kreisen an die Angehörigen der Reserve und Landwehr Mannschaften ausgezahlten und aus der Staatskasse ersetzten Unterstützungen belaufen sich auf 275,596 fl. 42 Kr.

VII. Für Fortschaffung und Bergung von Fahrzeugen und für auswärtigen Aufenthalt erhielten die Einwohner von Rehl 120,340 fl. 54 Kr., von Niederbühl und Rheinau bei Rastatt 7403 fl., von Dreisach 18,785 fl. 34 Kr. Für besondere Erlittenheiten (Körperverletzungen in Folge des Bombardements von Rehl, Gesundheitsbeschädigung von Fuhrleuten bei Kriegsfuhren u. dgl.) wurden 1577 fl. 25 Kr. bewilligt.

VIII. Die Gesamtsomme der unter I—VII aufgeführten Vergütungen beträgt 2,693,382 fl. 10 Kr. Hieran treffen Baden 1,788,867 fl. 55 Kr., während 693,301 fl. 52 Kr. von den verbündeten Staaten, nämlich: 330,408 fl. 13 Kr. vom Norddeutschen Bunde, 432 fl. 27 Kr. von Hessen, 162,122 fl. 6 Kr. von Bayern, 200,339 fl. 6 Kr. von Württemberg der badischen Staatskasse ersetzt werden und 211,212 fl. 23 Kr. unmittelbar aus der preussischen, bayerischen und württembergischen Kriegskasse zur Auszahlung kamen.

Karlsruhe, 10. März. Wie wir vernehmen, hat die königl. preuß. Hauptverwaltung der Staatsschulden in Berlin unterm 19. v. M. eine Bekanntmachung erlassen, wornach von den nach Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ vom 25. Sept. v. J. zur baaren Einlösung am 1. Jan. d. J. gekündigten Schuldverschreibungen der 5procentigen Anleihe des vormaligen Norddeutschen Bundes vom Jahr 1870 ein nicht unerheblicher Theil bisher noch nicht zur Einlösung eingereicht ist. Die Inhaber solcher Schuldverschreibungen werden darin aufgefordert, dieselben nach Anleitung der erwähnten Veröffentlichung schleunigst zu realisiren, da eine Verzinsung dieser Schuldverschreibungen seit dem 1. Jan. d. J. nicht mehr stattfindet. (Karlr. Ztg.)

\* Karlsruhe, 13. März. Die Thronrede, mit welcher die Session des diesjährigen Reichstages eröffnet wurde, zeichnet sich durch ihren einfachen, schmucklosen Ton aus, was ihr in unseren Augen nicht zum Nachtheile angerechnet werden kann. Die Vorlagen, unter denen man die Abwesenheit solcher nicht bedauern wird, die den Reichstag zu einem theologischen Concilium umschaffen würden, sind immerhin zahlreich genug, um den Reichstagsmitgliedern ihre Diätenlosigkeit recht lebhaft in's Gedächtniß zu rufen. Letztere war wohl auch wieder daran Schuld, daß der Nation abermals das wenig erquickliche Schauspiel der Beschlußunfähigkeit seines Reichstages von Beginn an geboten wurde. Dazu wird das Nebeneinandertreten der preussischen Kammern und des Reichstages schwere Mißstände und vielen Mißmuth in den Reihen der Reichstagsmitglieder hervorrufen, die nicht zugleich Mitglieder der preussischen Volksvertretung sind. Hier zeigt sich zunächst die Diätenlosigkeit in ihrer ganzen rückwärtsgekehrten Gestalt gegen alle Abgeordnete, die dem preussischen Staatsverbände nicht angehören; denn während die preussischen Reichstagsmitglieder in ihrer großen Mehrheit reiche Diäten in ihrer Eigenschaft als preussische Abgeordnete erhalten, gehen alle Anderen leer aus. Dazu kommt ferner, daß der Schwerpunkt der Verhandlungen in den hoch-

wichtigen kirchlich-politischen Debatten des preuß. Abgeordnetenhauses ruht und dorthin alles Interesse zieht, während der Reichstag unter großer Theilnahmlosigkeit seine Thätigkeit beginnen wird. Jedermann sieht diese Mißstände ein, die in der Diätenlosigkeit und dem Nebeneinandertreten zweier großen parlamentarischen Körperschaften ihre Wurzel haben, allein die durch ihre Zahl ausschlaggebenden Liberalen sind so servil geworden, daß sie besonders dem Widerwillen des Reichskanzlers gegen Diäten keinen nachdrücklichen Widerstand entgegenzusetzen wagen. Was die kirchlichen Dinge betrifft, so hört man, daß aus den Reihen der National Liberalen in mehrfacher Beziehung die Initiative ergriffen werden soll, so z. B. in Betreff der obligatorischen Civilehe, damit doch ja auch dieser Session des Reichstages der theologische Charakter nicht verloren gehe. — Die Nachricht, daß das Herrenhaus die Abänderung der Verfassungsartikel 15 und 18 angenommen habe, hat uns nicht überrascht. Nachdem die Officiösen verkündet hatten, daß ein Druck auf jenes Haus ausgeübt werden solle und Fürst Bismarck selbst merkwürdiger Weise als Minister des Auswärtigen (!) diese moralische Pression in eigene Arbeit genommen hatte, wußten wir, wie viel die Uhr geschlagen habe. Fürst Bismarck ist ein noch zu herrschgewaltiger Mann, obgleich sein System schon vielfach durchlöchert ist, als daß die Herren des Herrenhauses in ihrer Mehrheit das Sturmlaufen gegen ihn riskiren möchten. Er durfte es sogar ohne Furcht wagen, ihnen eine Strapazie in aller Form zu halten und ihnen die Liberalen als Musterbild zu zeigen, ohne daß ein Strike von ihrer Seite zu befürchten gewesen wäre. Die Frage, was erfolgt wäre, wenn das Herrenhaus ein entschiedenes Nein dem Fürsten wie dem Kultusminister entgegengesetzt hätte, hat jetzt keine praktische Bedeutung mehr; wir glauben indessen nicht, daß die — officiös gemachte — Drohung vom Rücktritt des Cabinets sich erfüllt hätte. Das sind englische, keine preussische Gewohnheiten. Vielmehr glauben wir, daß man in einem solchen verneinenden Falle das ganze faulische Elaborat in den Reichstag hineingeworfen hätte, wo das verunglückte Kind von vielen zärtlichen Armen zur Pflege entgegengenommen worden wäre.

\* Vom See, 13. März. Die „Freie Stimme“ erfährt, daß die Herrn Edelman und Schachleiter gegen den Verweisungsbeschluß an das Schwurgericht an das Oberhofgericht nach Mannheim recurriren werden. Herr Pfarrverweser Gruber soll sich mit dem schöffengerichtlichen Urtheil nicht befriedigen, was wir gerne glauben, da uns und wahrscheinlich auch Andern dasselbe, wenigstens in der Form wie es die Constanzer Zeitung brachte, völlig unverständlich geblieben ist. — Der Abg. Kirchner wird erst in einigen Wochen, wenn er sich von längerer Krankheit völlig erholt hat, zum Reichstag reisen. „Das Donaueschinger Wochenblatt“, bemerkt die „Freie Stimme“ dazu, „bringt hierüber einen Artikel, der Einem jörmlich anwidert. Man weiß wohl, daß liberale Blätter gerne nach der Flöte liberaler Abgeordneter tanzen; aber solche allerunterthänigste Schmeicheleien liest man doch selten.“

© Kadelburg, 12. März. Der heiße Kampf ist glücklich entschieden. Am Wahltag für die Vereinigung der beiden hiesigen Schulen in eine Communalsschule hat sich die Mehrheit der kath. Bürger gegen die Mißschule ausgesprochen und so die möglichste Reinerhaltung des kath. Glaubens sich und ihren Kindern in der Schule wieder gesichert. Ehre dem muthvollen Auftreten (die Wahl war offen) der kath. Männer, welche die „dreißig Silberlinge“, die ihnen durch das Glück einer Communalsschule in allen möglichen Formen angeboten wurden, nicht annehmen wollten. Sink und Rechts, Unten und Oben, in Waldshut, Thiengen, Rheingheim hatte Michelis einige Tage zuvor seine Theuern um sich geschaart, denen auch Protestanten und einige wenige Katholiken Kadelburgs sich angeschlossen haben sollen, und sicherlich war das Pulver schon in Bereitschaft, um allüberallhin die Freude zu verkündigen, daß nun auch Kadelburg auf der „Höhe der Bildung“ stehe und dem „Altkatholicismus“ durch seine Communalsschule etwas auf die Beine helfen werde. Doch Gott sorgte wieder, daß die Träume nicht in den Himmel hinaufgewachsen. Die Protestanten sollen fast einstimmig für die Mißschule gestimmt haben, was vorauszusetzen war; vor dem protestantischen Schulhaus war ein Aufruf angeklebt, welcher in Zahlen nachweisen sollte, wie viele Silberlinge für die Gemeinde zu gewinnen wären durch die Mißschule; an einer Thüre des Schulhauses soll das abschreckende Urtheil gestanden haben: „Wer gegen die Mißschule

stimmt, ist ein Schelm an der Gemeinde,“ allein alles das und noch manches Andere, was wir nicht an die große Glocke hängen wollen, hat nichts geholfen: die Mehrheit der katholischen Bürger Kadelburgs hörte nicht auf die Apostel des „Abboten“, sondern auf die Stimme seiner kirchlichen Obern, auf seine eigene katholische Ueberzeugung und sicherlich auch auf das Urtheil der für Reinerhaltung der Confession noch etwas haltenden Protestanten und wollte Nichts von einer Mißschule sammt Altem was drum und dran hängt wissen. Möge nun durch Gottes Gnade auch fernerhin die kath. Schule uns erhalten bleiben: Der confessionelle Friede zwischen den Katholiken und Protestanten kann am besten gewahrt werden, wenn die Verträge zwischen Staat und Kirche strict gehalten werden, wornach jeder Confession die freie und selbstständige Ausübung ihrer Rechte und Pflichten in Kirche und Schule gestattet ist und darum auch bleiben soll.

× Vom Rhein, 13. März. Das neueste Heft des rühmlichst bekannten Archivs für kath. Kirchenrecht, z. B. redigirt von Professor Dr. Vering in Heidelberg (Januar, Februar 1873), enthält S. 119 ff. unter der Aufschrift: „Der Staat und die katholische Kirche in Baden.“ Von Officialrath Director Dr. Maas in Freiburg eine altmännige Darstellung des badischen Kirchenstreits hauptsächlich mit Bezug auf die Frage der Pfründebeziehung. Diese Darstellung weist gegenüber den leichtfertigen und tendenziös entstehenden Behauptungen in dem Buche des Professors Friedberg auf's Einleuchtendste nach, daß die Kirchenbehörde in Freiburg sowohl bei den Verhandlungen über die bezeichnete Frage als bei Ausübung der aus diesen Verhandlungen hervorgegangenen Vereinbarung (von 1861) dem Staate gegenüber zwar im Princip das kirchliche Recht wahrte, jedoch thatsächlich in hohem Grade rückständig und selbst nachgiebig verfuhr, während Gleiches auf der Gegenseite keineswegs immer der Fall war.

Wir müssen es uns versagen, an diesem Orte auf das Einzelne der Darstellung näher einzugehen und empfehlen die Lectüre derselben Allen, die Interesse für die kirchlichen Angelegenheiten des Landes besitzen.

Frankfurt, 11. März. Der Gang der parlamentarischen Verhandlungen in Preußen hing einmal wieder vom Herrenhause ab. So erklärt sich denn, daß Fürst Bismarck gestern sich an der Debatte des Herrenhauses betheiligte. Der Reichskanzler hat zwar die Präsidentschaft im preussischen Ministerium niedergelegt, er hatte den Entschluß gefaßt, sich vorwiegend auf die Reichsgeschäfte zu beschränken, aber es handelt sich um die kirchlichen Gesetze, er sieht seine eigenste Politik gefährdet und er wirft das Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale, um vom preuß. Ministerium eine Niederlage abzuwenden, die nicht verfehlen könnte, einen Rückschlag gegen ihn selbst auszuüben. Wie das zu verstehen ist, ergibt sich aus der Rede selbst. Sie sagt zwar nichts absolut Neues, aber sie sagt das bereits Bekannte in anderer Gruppierung und würzt es mit einigen pikanten Zuthaten. Bismarck behandelt den ganzen Streit mit dem Ultramontanismus als eine Machfrage, und lediglich als eine solche; der Streit ist ihm ein Duell, ein Zweikampf zwischen Königthum und Priestertum, weiter Nichts. Das Culturinteresse, das freiheitliche und Volksinteresse, das dabei mitspielt, hat für ihn keine Bedeutung. Als Vertreter des einen Faktors, des Königthums, sucht und nimmt er die Hilfe, wo er sie findet. Geh's mit den Conservativen nicht, so geht's mit den Liberalen. Aber er ist tief verstimmt darüber, daß die Conservativen ihn im Stiche gelassen. Von einer principiellen Politik auf der Rechten oder Linken hat er kein Verständniß, er wägt nur danach, ob und inwiefern man ihm und dem Königthum dient. Mit einer gewissen Offenherzigkeit, die ihm eigen ist, wenn er nervös erregt wird, gesteht er, daß die Unzuverlässigkeit der Conservativen ihn eigentlich aus dem preuß. Ministerium gedrängt hat, — gesteht er, daß er den früheren Bundestagsgeandten v. Savigny als die Seele der clericalen Agitation ansieht, — gesteht er, daß der hilfbedürftige preuß. Staat im Jahre 1848 Succurs bei den Katholiken zu finden glaubte und von den letzteren getäuscht wurde [nicht wahr, er glaubt nur getäuscht worden zu sein! D. Red. des Bad. Beob.], — gesteht er endlich, es Italien sehr verübelt zu haben, daß dieses den Zug der garibaldischen Freischaren nach Frankreich nicht hinderte. Bismarck spricht in der Art eines Mannes, dessen Cirkel durch den Widerstand der Conservativen in der gefährlichsten Weise getrennt werden. Seine Rede ist inspirirt von der Sorge, daß die Macht seinen Händen entgleiten, und daß die offene, sowie auch wohl

die geheime Agitation, die er vorsichtiger Weise nur leise berührt, Herr über ihn werden könnte. Wir zweifeln nicht, daß das eigentliche Thema seiner Rede, jener erwähnte Machtkampf zwischen Königthum und Priestertum, im Herrenhaus ein gläubiges und hinlänglich unkritisches Auditorium findet, — überall anderwärts kann die Rede nur erneute Bedenken gegen die kirchlichen Vorlagen wachrufen. (Frk. Btg.)

Leipzig, 12. März. Einer Nachricht des „Tagesblattes“ zufolge ist der Literat Sepner, Mitarbeiter des socialdemokratischen Blattes „Volksstaat“, durch Verfügung des Polizeiamtes aus Leipzig ausgewiesen worden.

Leipzig, 12. März. Der deutsche Buchdrucker-verein verhandelt den Tarifentwurf, welcher am 24. d. M. in Weimar verhandelt wird und erließ eine Aufforderung an den Verband, durch die That auch seine Verschönllichkeit kund zu geben. Dahin zielende Anträge an ein Verhandlungspräsidium der Gehülften sind in der Vorbereitung. Die Kündigung besteht fort und nimmt eine große Ausdehnung an.

Berlin, 10. März. Gegen die Verfassungs-Änderung und gegen die heutige Kirchenpolitik der Regierung überhaupt sprachen gestern im Herrenhaus in sehr beredten Worten die Grafen Landsberg-Welen, Borries und zur Lippe. Die Berichte, welche sich darüber in unsern Blättern vorfinden, sind leider so dürftig und tendentiös gehalten, daß sie dem Leser zu keiner Vorstellung jener Reden verhelfen können. Graf Landsberg nannte die Vorlagen geradezu staatsfeindlich und undeutsch und warf die Frage auf, was denn das Volk denken sollte, wenn das Königswort von der religiösen Freiheit so gehalten werde? Und wie sehr müsse das Ministerium über die Bedeutung seiner Vorlagen im Dunkeln tappen, wenn es sich nicht ein Mal darüber klar geworden sei, daß dieselben gegen die Verfassung verstießen, daß dasselbe vielmehr es dem Abgeordnetenhaus überlassen habe, zuvörderst mit der Aenderung der Verfassung vorzugehen. Den Primat des Papstes erklärte der Redner als zu den Dogmen der katholischen Kirche gehörig. Noch schärfer sprach Graf zur Lippe, der dem Fürsten Bismarck replicirte. Er sagte letzterem rund heraus, daß er die Conservativen nicht habe führen können, daß man in dieser Frage nur auf dem Wege des Compromisses habe vorgehen dürfen, nicht aber auf dem Wege der Vernichtung der katholischen Kirche, und daß die wahre Parität die Errichtung eines katholischen Cultus-Ministeriums erheische. Wo, frage er, habe die katholische Kirche je den Staat und den einzelnen Bürger geschädigt? Und doch wolle man sie jetzt unter dem Deckmantel der Parität mißhandeln. Fürst Bismarck konnte nicht in Abrede stellen, daß die Katholiken in der Revolutionszeit für Thron und Staat bessere und kräftigere Stützen gewesen seien, als Andere. Sie waren, sagte er, mehr Freunde der Ordnung, als die Andern. Und warum will man denn diese kräftigen Stützen jetzt von sich stoßen oder zu brechen suchen? Angeblich um die königlichen Rechte gegenüber dem Papste zu schützen. Aber den Beweis dafür, daß der jeden materiellen Machtmittels beraubte Papst jemals einen Eingriff in die Rechte des mächtigen Deutschen Kaisers versucht habe, ist Fürst Bismarck schuldig geblieben, wie er auch den Beweis dafür schuldig geblieben ist, daß es keinen für die Verständigung mit dem römischen Stuhle günstigeren Moment gegeben habe, als die Zeit unmittelbar nach dem französischen Kriege. Lagen denn damals überhaupt Differenzen vor, wegen derer eine Verständigung nötig war, wenn man dahin etwa nicht den Umstand rechnen will, daß Preußen, trotz dem von unserm Könige gegebenen Versprechen, die Deposition des Papstes durch Victor Emmanuel ruhig geschehen ließ? Freilich sagt Fürst Bismarck, daß wir damals mit Italien auf einem gespannten Fuße standen, aber nicht wegen der an dem Papste verübten Gewaltthätigkeit, sondern weil die italienische Regierung ruhig Freischaren über die Grenze nach Frankreich ziehen ließ. Sehr weit muß es aber doch mit jener Spannung nicht hergewesen sein, da bald darauf Kronprinz Humbert in Berlin hoch gefeiert wurde. Fürst Bismarck rühmt denn auch seine Neigung mit aller Welt im Frieden zu leben, während er mit aller Welt ohne Unterlaß im Kriege lag, zuerst mit den Liberalen, dann mit Oesterreich, dann mit den Conservativen, dann mit Frankreich, und dann endlich bald wieder mit dem Centrum, bald mit dem Herrenhause und den Conservativen im Abgeordnetenhaus! Aus seiner langen Rede tritt jedoch wieder mit Evidenz hervor, daß es doch nur die Bildung des Centrums gewesen ist, welche ihn veranlaßt hat, gegen die katho-

liche Kirche mobil zu machen. So redet Fürst Bismarck jetzt von einem Kampfe zwischen Priestertum und Königthum, indem er seine Politik immer mit der Person des Königs identificirt, und auf eine sehr unparlamentarische Weise diese in die Debatte hineinzieht. Dabei liebt es der Fürst, wie gewöhnlich, mit starken Farben aufzutragen und schwachen Gemüthern Angst vor den Plänen der Papisten einzusößen, obgleich diese Pläne sehr harmloser Natur sind und nichts weiter bezwecken, als die Wiedererlangung vorenthaltener Rechte. Von Interesse an den Bismarck'schen Redewendungen ist nur noch das Geständniß, daß die Herrenhausopposition ihn aus dem Präsidium des Staatsministeriums gedrängt habe. Im Abgeordnetenhaus leugnete Fürst Bismarck bekanntlich sehr entschieden, daß ihn politische Beweggründe zum Rücktritte genöthigt hätten, und versicherte demselben, im Einklang mit dem bekannten königlichen Erlaß, daß nur Geschäftsüberbürdung den Anlaß dazu gegeben habe. Was soll man denn da nun glauben? Die Wahrheit bleibt allerdings, daß Fürst Bismarck das Präsidium niedergelegt hat, weil er im Ministerium und beim König nicht mit der Forderung wegen eines Pairsschubes von ca. 50 Köpfen durchdrang, zu welcher Forderung ihn die Herrenhaus-Opposition getrieben hatte. Was Graf Koon heute im Herrenhause zur Empfehlung der Verfassungsänderung und der kirchenpolitischen Vorlagen sagte, kann Niemanden überraschen, da es längst ein öffentliches Geheimniß ist, daß derselbe wegen Sympathieen für die katholische Kirche hat. Indessen sprach er doch wenigstens offen und aufrichtig und gab, gleich dem Fürsten Bismarck, zu, daß alle diese Vorlagen lediglich gegen die katholische Kirche im Interesse der Staatsgewalt gerichtet seien. Daß die Regierung ohne solche Gesetze nicht auskommen könne, ist freilich eine Hypothese, die durch die Thatsache widerlegt ist, daß die Regierung 25 Jahre ohne dieselben sehr wohl ausgekommen ist. Wenn die Männer, die heute an der Spitze der Regierung stehen, das Gegentheil behaupten, so hindert sie Niemand daran, ihre Plätze andern Personen einzuräumen, welche das Zeug besitzen, das Ruder des Staates ohne Gesetze zu führen, welche den Frieden im Innern stören müssen. Die Berufung Koon's auf das Vorgehen des Erzbischofs von Posen beweist nur, daß der Herr Kriegsminister in kirchlichen Dingen doch nur ein geringes Verständniß hat. Graf Brühl belehrte ihn darüber, daß der Erzbischof in vollem Rechte sei, und daß die Katholiken trotz alledem und alledem treu zum Papste halten würden. Nicht minder warm und fest gegen die Vorlagen sprachen Hr. v. Senfft und Graf Galen, während Dr. Schulze sich als das enfant terrible der Ministerien geberdete. (R. B. Z.)

Berlin, 13. März. Gestern Abend wurde dem Kronprinzen von der Studentenschaft ein Fackelzug gebracht. 12000 Fackeln stark erschien der Zug um 9 Uhr vor dem kronprinzlichen Palais und wurde vom Kronprinzen und dessen Familie vom Balkon aus begrüßt. Der Kronprinz trat dann auf die Rampe heraus, wo der Sprecher des Comite's eine Adresse vorlas, welche den Kronprinzen nach langer schwerer Krankheit in Berlin willkommen heißt. Der Kronprinz entgegnete, daß er stets echt deutschen Geistes, der in der jüngsten Zeit Großes vollbracht, zu würdigen gewußt habe; er sei überzeugt, daß dieser Geist, welcher sein eigenes Haus erfülle, stets in allen Schichten und Altersklassen der Nation lebendig bleiben werde. Nach dem Gesange — „Deutschland, Deutschland über Alles“ — bewegte sich der Zug nach dem Schillerplatz, wo die Fackeln zusammengeworfen wurden. Später fand ein großer Comers in der städtischen Turnhalle statt.

Berlin, 13. März. In der fortgesetzten zweiten Berathung des Gesetzentwurfes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen werden die §§ 17 bis 23 unter Ablehnung aller Amendements nach der Commissionsfassung angenommen. Nächste Sitzung morgen. — Das Herrenhaus nahm das Verfassungsänderungsgesetz in der Schlussberathung mit 93 gegen 63 Stimmen an und erledigte mehrere kleinere unerhebliche Vorlagen.

Berlin, 13. März. Plenarsitzung des Reichstages. Die Auszählung ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses. 209 Deputirte sind anwesend. Auf Antrag des Grafen Münster werden der seitherige Präsident Dr. Simson und die Vicepräsidenten Fürst Hohenlohe und v. Bennigsen durch Acclamation wiedergewählt, ebenso die seitherigen Schriftführer.

Posen, 13. März. Das Kreisgericht hat heute beschlossen, daß die vorläufige Beschlagnahme der polnischen Blätter, welche das Rundschreiben des

Erzbischofs Ledochowski an die Religionslehrer gebracht hatten, aufzuheben sei.

## Irland.

Genf, 12. März. Pater Hyacinthe ist hier selbst eingetroffen; derselbe wird Montag mit seinen Vorträgen beginnen.

Rom, 12. März. In der Deputirtenkammer verliest der Präsident ein Dankschreiben des Herzogs von Aosta auf die ihm von der Kammer überreichte Adresse: Er habe die Krone in der Hoffnung angenommen, Spanien Ruhe zu geben. Nachdem er aber gesehen, daß er Spanien nicht glücklich machen könne, habe er, in gewissenhafter Beobachtung der von ihm beschworenen Verfassung der Krone entsagt. Italien werde in ihm immer einen patriotischen Soldaten finden.

Paris, 12. März. Nationalversammlung. Nach der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Artikels 5 des Dreißigerentwurfs wird der ganze Artikel mit 367 gegen 227 Stimmen angenommen. Ein von Kerdrel entwickeltes Amendement, welches verlangt, daß die Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffs der Uebertragung der Executivgewalt seitens der Regierung nicht vor vollendeter Befreiung des französischen Gebietes erfolgen solle, wird mit 436 gegen 178 Stimmen verworfen. Die Berathung über die andern Amendements wird auf morgen vertagt.

Paris, 12. März. Nach Regierungsnachrichten aus San Sebastian sollen 2000 Carlisten unter der Führung Dorregaray's bei Montreal in Navarra von Regierungstruppen geschlagen sein. Eine andere Carlistenabtheilung unter Coreta sei ebenfalls geschlagen und in die Berge von Oyarzun gedrängt. 23 Tode, darunter Coreta und viele Verwundete werden gezählt.

Paris, 13. März. Laut Mittheilung des „Journal officiel“ betrug der Gesamtbetrag der letzten Zahlung an Deutschland 279 Millionen, wovon 129 Millionen auf die Zinsen für die letzten drei Milliarden entfallen und 150 Millionen den Rest von der ersten Hälfte der vierten Milliarde darstellen.

Paris, 13. März. Man glaubt, daß die Räumung des Gebietes im Monat August nach der Zahlung von 300 Mill. der 5. Milliarde stattfinden werde. Es wird versichert, daß Preußen keine finanziellen Garantien für den übrigen Theil der Kriegsschädigung verlange. Das Gerücht, daß Kemuljat durch Broglie ersetzt werde, ist falsch. Die Commission zur Berathung der Handelsverträge wird eine parlamentarische Enquete über die Lage des französischen Handels fordern.

London, 13. März. Von den die Ministerkrisis besprechenden Morgenzeitungen sagt die „Times“, die Minister würden heute Vormittag ihren Rücktritt erklären, Disraeli werde mit der Neubildung des Cabinets beauftragt, die Neuwahlen aber, sei es, daß Disraeli annehme oder ablehne, bis zum Juli aufgeschoben werden. Die „Times“ rath Disraeli, nicht vor der Berufung an das Land anzunehmen. „Morning Post“ erklärt dagegen, daß die Minister noch zwischen Rücktritt und Auflösung des Hauses schwanken. Die Abstimmung sei durch Ueberumpelung herbeigeführt, ein Vertrauensvotum für die Minister sei einer zahlreichen Unterstützung sicher. Die Conservativen wünschten, daß das jetzige Ministerium noch die Verantwortlichkeit für eine etwaige Auflösung übernehme; Gladstone werde heute Abend die Entscheidung des Cabinet's mittheilen.

Karlsruhe, 13. März. Der Staatsanzeiger Nr. 8 vom 12 d. enthält I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Des Handelsministeriums: a. Die ständige Ausstellung landw. Lehrmittel, Geräthe und Maschinen betr. b) Die Ertheilung von Erfindungspatenten betr. 2) Des Finanzministeriums: a. die Einziehung der 3 1/2-prozentigen Rentenscheine betreffend; b. die Tilgung der 4prozentigen Eisenbahn-Obligationen von den Jahren 1859/64 betr.; c. die Serienziehung für die 109te Gewinnziehung des Lotterieleihens von 14 Millionen Gulden in 35-fl. Loosen vom Jahr 1845 betreffend.

Dienstverordnungen. Die Stelle eines Bezirksarztes in Triberg, ferner an der höheren Töchterschule zu Karlsruhe eine mit einem akademisch gebildeten Lehrer zu besetzende und mit einer Besoldung bis zu 2000 fl. verbundene Lehrstelle, damit verbunden zugleich das Rectorat an der künftigen gemischten erweiterten Volksschule im Augarten-Stadtheil.

## Briefkasten.

Nach Bruchsal. Zimmer noch unwohl?

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissing.

Soeben erschien bei H. Kupperberg in Mainz und ist durch die Literarische Anstalt in Freiburg zu beziehen:

**Lesefrüchte.** Christlichen Freunden der Natur gewidmet von J. M. S. 8°. 4 1/2 Bg. 27 Kr.

Nicht streng systematische Abhandlungen, sondern „Lesefrüchte“ aus verschiedenen naturwissenschaftlichen Werken gesammelt, beleuchten die brennende Tagesfrage: Wer ist der Mensch? Woher stammt er? Welches ist des Menschen geschlechtes Ursprung und Anfang? Ist er Das, was die Offenbarung, die Religion vom Menschen lehrt, oder Das, wozu ihn der eine oder andere Naturforscher heute zu Tage machen will, nichts als ein Naturwesen? — Hierüber Belehrung zu erhalten, bietet dieses Schriftchen reichlichen Stoff und wird jedem denkenden Christen willkommen und heilbringend sein.

**Erledigte Architekten-Stelle.**

Die Stelle eines Architekten bei dem Erzbischöflichen Bauamte in Freiburg mit einem Gehalt von 1000—1500 fl. soll alsbald wieder besetzt werden.

Geübte katholische Baupraktikanten oder Architekten wollen sich bis zum 24. d. Mts. bei dem Erzbischöflichen Bauamte Freiburg unter Vorlage ihrer Zeugnisse melden.

Freiburg, den 8. März 1873.  
Erzbischöfliches Capitelsvicariat.

**Haushälterin-Gesuch.**

Ein Beamter, Wittwer mit 3 Kindern, sucht eine Haushälterin. Am erwünschtesten wäre eine Wittwe von besserem Stande, reiferem Alter und wohlverfahren in allen Haushaltungsgeschäften. — Hierauf Reflectirende belieben sich alsbald unter A. K. 73 bei der Expedition d. Bl. schriftlich zu melden unter näherer Angabe ihrer persönlichen Verhältnisse und Anschluß etwaiger Zeugnisse, beziehungsweise Bezeichnung der ihnen zu Gebote stehenden Referenzen, portofrei mit Beilegung einer Freimarke.

**Glas-Photographien-Kunst-Ausstellung**

in der Eintracht. Täglich geöffnet. Steroscopen-Verkauf. Bilder und Apparate jeder Art. Preislisten gratis. Neu aufgestellt: Krieg 1870—71.

**Fabrikanten & Kaufleute**

können gegen mäßige Interessen Capitalien von 500 bis 5000 Pfd. Sterl. erhalten. Auch werden achtbaren Häusern Blanco-Credite eröffnet. Briefe franco F. C. O. at Deacons News paper rooms 154. Leadenhallstreet London. 4

**Lehrlings-Gesuch.**

Bei Unterzeichnetem kann ein junger Mensch in die Lehre aufgenommen werden. Friedrich Bohlinger, Sattler u. Tapezier in Mühlburg.

**Pferdemarkt zu Frankfurt a. M.**

am 28., 29. und 30. April 1873.

Die vollständig für 400 Pferde hergerichteten neuen Stallungen, umgeben mit schönsten Musterplätzen, welche noch durch eine große bedeckte Reitbahn vermehrt wurden, sind zur Aufstellung feinerer Pferde bestimmt.

**Prämiiung Verloosung** am 28. April nebst Vertheilung von Ehrenpreisen an die Besitzer der besten zu Markt gebrachten Pferde. am 30. April, öffentlich vor Notar und Zeugen von 61 der schönsten Reit- und Wagenpferde, 10 vollständigen vier-, zwei- und ein-spännigen Equipagen, nebst completen Geschirren, sowie sonstigen Reit- und Fahr-Requisiten im Werth von ca. fl. 70,000, wenn 40,000 Loose vergriffen sind.

Anfragen und Bestellungen auf Stallungen, sowie auf Loose, Letztere à Thaler 1 (R. 1. 45) per Stück, beliebe man franco an den Secretär des unterzeichneten Vereins, Herrn C. Kappel, zu richten, wo auch Uebernehmer einer größeren Anzahl von Loosen die näheren Bedingungen erfahren können.

Den Aufträgen für Loose ist der Betrag franco mit deutlicher Angabe der genauen Adresse beizufügen. Falls die Zuzahlung franco und recommandirt gewünscht wird, sind die erforderlichen Marken einzusenden.

Auswärtige Theilnehmer, deren Adressen dem Secretariat bekannt sind, werden, falls ihnen ein größerer Gewinn zufällt, davon — soweit thunlich — mittelst Telegramm in Kenntniß gesetzt.

Der Vorsitzende des Landwirthschaftlichen Vereins: Dr. Georg Haag.

**Isländisch-Moos-Pasta**

gegen Husten und Heiserkeit.

Die Pasta bewährt sich als ein vorzüglich linderndes Mittel bei katarrhalischen Affectionen und chronischen Brustleiden. — Die Zusammensetzung der Pasta ist der Art, daß auch bei häufigem Genuße derselben der Magen nicht gefäherd wird. — Das Präparat zeichnet sich vor ähnlichen, zu gleichem Zwecke gebräuchlichen Mitteln, durch einen angenehmen nicht allzu süßen Geschmack aus. — Preis per Schachtel 21 Kr.

Rosen-Apothek von Karl Engelhard in Frankfurt a. M.

Niederlagen:

In Karlsruhe: Apotheker G. Döll.

Apotheker L. Walf.

C. Sachs'sche Hof-Apothek.

37.31.

**Bekanntmachung.**

Das Postreglement vom 30. November 1871 hat auf Verordnung des Fürsten Reichskanzlers einige Abänderungen erfahren, von denen folgende bisher noch nicht zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden sind:

1) Die Versendung extraordinärer Beilagen mit Zeitungen und Zeitschriften, welche durch die Post debitirt werden, ist dadurch erleichtert, daß die Gebühr von 1 Pfennig pro Stück auf 1/2 Pfennig pro Stück herabgesetzt, und außerdem die Postverwaltung ermächtigt worden ist, bei Sendungen in großen Partien einen Rabatt bis zu 50 Procent des ermäßigten Satzes zu gewähren. Für die Folge braucht in denjenigen Zeitungen, mit welchen die Versendung extraordinärer Beilagen geschehen soll, die Angabe, daß bei der betreffenden Nummer eine extraordinäre Beilage mit zur Versendung gelange, nicht mehr gemacht zu werden. Seitens des Verlegers hat eine Anmeldung der Beilagen bei der Postanstalt des Aufgaborts und die vorherige Entrichtung des tarifmäßigen Portos für so viele Exemplare, als der betreffenden Zeitung zc. beigelegt werden sollen, zu erfolgen. Das Einlegen in die einzelnen Zeitungs- zc. Exemplare ist Sache des Verlegers.

2) Zur Beschleunigung des Postbetriebes soll die Einlieferung der mit der Post zu versendenden gewöhnlichen Briefe und Postkarten, Drucksachen und Waarenproben, sofern der Umfang dieser Gegenstände es gestattet, von jetzt ab nur durch die Briefkästen geschehen. Diese Art der Einlieferung muß auch dann stattfinden, wenn der Aufgeber über die Höhe des Francos bei der Annahmestelle Anfrage zu halten, und wenn er die Freimarken für den Zweck der Frankirung der betreffenden Gegenstände besonders zu kaufen genöthigt ist.

3) Die Gebühr für die Einziehung von Geldern durch Postmandate wird von 5 Sgr. 18 Kr. auf den Satz von 3 Sgr. 11 Kr. ermäßigt.

4) Für die bei einzelnen, größeren Postanstalten zum Verkauf gestellten gestempelten Streifbänder zu 1/3 bz. zu 1 Kr. beträgt der Preis fortan in Folge der erhöhten Herstellungskosten:

für 100 Streifbänder à 1/3 Sgr. 37 Sgr. 4 Pf. (statt 36 Sgr. 10 Pf.), für 100 Streifbänder à 1 Kr. 1 Gulden 54 Kr. (statt 1 Gulden 53 Kr.).

Berlin, den 3. März 1873.  
Kaiserliches General-Postamt.

**Gr. Hoftheater in Karlsruhe.**

Sonntag 10. März. Zweites Quartal. Mit Aenderung der Abonnementsnummer. 39. Abonnements-Vorstellung. Tell. Große Oper mit Tanz in vier Akten von Rossini.

**Geburten.**

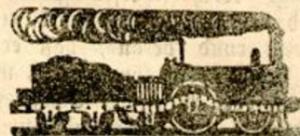
- 7. März. Elise, Vater Karl Röder, Handelsmann.
- 9. „ Gustav, Vater Albin Falter, Telegraphendiener.
- 10. „ Robert, Vater Ludwig Rüdert, Registrator.
- 10. „ Friedrich Ludwig Felix, Vater Ludwig Stäble, Assistent.
- 10. „ Marie Frieda Philippine, Vater Julius Kösting, Tapezier.
- 10. „ Ludwig Adolph, Vater Johann Dillmann, Assistent.
- 11. „ Sophie Hermine, Vater Bernhard Madlinger, Maurer.

**Eheschließungen.**

- 5. März. Dr. Joseph Rahn von Rimbach, prakt. Arzt in Mannheim, mit Fanny Ettlinger von hier.
- 6. „ Karl Schelling von Ruppurr, Dienstmann, mit Marie Jakob von Offenburg.
- 6. „ Johann Ulrich von Blankenloch, Baldhüter, mit Karoline Kieger, verwitwete Nagel, von Ettlingen.
- 8. „ Robert Pfändler von Ettlingen, Schreiner, mit Friederike Klapp von Schramberg.
- 10. „ August Wille von hier, Schneider, mit Sophie Rieß von Ladenburg.
- 10. „ Jaak Vob von Philippsburg, Kaufmann in Edesheim, mit Adelheid Müller von Bergzabern.
- 11. „ Martin Kramer von Wahlwies, Wagner, mit Dorothea Aberle von Schiltach.

**Todesfälle.**

- 11. März. Margaretha, Ehefrau des Tapeziers Gartner. 47 J.
- 11. „ Marie Morlok, Fabrikarbeiterin, ledig. 18 J.



**Fahrtenplan vom 1. Nov. 1872**

anfangend:  
Abgang von Karlsruhe.  
Nach Rastatt und Baden:  
110\*. 645. 736\*. 1045. 145. 230\*. 450\*.  
515. 780.  
Nach Bruchsal und Heidelberg:  
210\*. 710. 9. 115\*. 1240. 140\*. 455.  
710\*. 840.  
Nach Pforzheim (Mühlacker).  
745. 1010. 130\*. 145. 55. 74\*. 1160\*.  
Von Pforzheim nach Karlsruhe.  
525. 631\*. 945. 1223. 130\*. 448. 99.  
Nach Mannheim (Rheinthalbahn):  
Hauptbahnhof: 610. 920. 2. 715.  
Von Mannheim nach Karlsruhe:  
550. 1080. 240. 645.  
Nach Maxau (Hauptbahnhof):  
640. 830. 1040. 225. 65.  
Die mit \* bezeichneten Züge sind Schnellzüge.

**Cours der Staatspapiere.** Frankfurt, den 13. März.

Staatspapiere.		Pr. comptant		Russland 5% Obligationen v. 1871		89 3/4		5% Deferr. Südbahn-Pror.		37 1/2		Börsen-Cours.	
Preußen 4 1/2% Consol. Oblig.	104 1/2	104 1/2	104 1/2	Belgien 4 1/2% Obligationen	101 1/2	101 1/2	101 1/2	5% Elisabeth, Coupons 1. St. 1. Gen.	88 1/2	88 1/2	88 1/2	Karlsruher f. S.	98 1/2
do. 4% do.	103 1/2	103 1/2	103 1/2	Schweden 4 1/2% Obl. in Thaler	93 1/2	93 1/2	93 1/2	5% Elisabeth, Coupons 2. St. 1. Gen.	84 1/2	84 1/2	84 1/2	Karlsruher f. S.	100
Baden 5% Obligationen	98 1/2	98 1/2	98 1/2	Schweiz 4 1/2% Eidgenössisch. Obl. L. G.	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Rheinische Eisenbahn, 1863, 300 fl.	85 1/2	85 1/2	85 1/2	Berlin	104 1/2
do. 4% do.	93 1/2	93 1/2	93 1/2	N.-Amerika 6% Bonds 1882 v. 1882	91 1/2	91 1/2	91 1/2	5% Hessische Ludwigsbahn	102 1/2	102 1/2	102 1/2	Bremen	105 1/2
do. 3 1/2% do. v. 1869	88	88	88	5% do. 1882 v. 1882	87	87	87	5% Pfälzische Ludwigsb. (Bergsch.)	—	—	—	Frankfurt	93 1/2
Bayern 5% Obligationen.	10 1/2	10 1/2	10 1/2	5% do. 1904 v. 1864	—	—	—	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	85 1/2	85 1/2	85 1/2	Hamburg	105 1/2
do. 4 1/2% (Rins 1 Jahr.)	100 1/2	100 1/2	100 1/2	Spanien 3% neue Schuld von 1869	22 1/2	22 1/2	22 1/2	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	73 1/2	73 1/2	73 1/2	Karlsruhe	106 1/2
do. 4% (1 Jahr.)	94 1/2	94 1/2	94 1/2	Frankreich 5% Rente. Fr. 25 fr.	83 1/2	83 1/2	83 1/2	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	65 1/2	65 1/2	65 1/2	Karlsruhe	118 1/2
Württemberg 5% Obligationen.	103 1/2	103 1/2	103 1/2	do. leere	93 1/2	93 1/2	93 1/2	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	92 1/2
do. 4% do.	100	100	100	Metten und Prioritäten.	—	—	—	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	113 1/2	113 1/2	113 1/2	Karlsruhe	107 1/2
do. 4% do.	93 1/2	93 1/2	93 1/2	Sächsische Bank	114 1/2	114 1/2	114 1/2	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	113 1/2	113 1/2	113 1/2	Karlsruhe	—
Wassan 4 1/2% Obligationen	100 1/2	100 1/2	100 1/2	3% Frankf. Bank à fl. 500	143	143	143	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	25 1/2	25 1/2	25 1/2	Karlsruhe	—
do. 4% do.	93 1/2	93 1/2	93 1/2	4% Darmstädter Bank-Actien zu fl. 250	450	450	450	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	203	203	203	Karlsruhe	—
Wassan 5% do.	106 1/2	106 1/2	106 1/2	3% Deferr. Nationalbank à fl. 300 6 fr.	1048	1048	1048	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	68	68	68	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	102 1/2	102 1/2	102 1/2	5% do. Credit-Actien D. B.	385 1/2	385 1/2	385 1/2	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	102 1/2	102 1/2	102 1/2	Stuttgarter Bank	109 1/2	109 1/2	109 1/2	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	98 1/2	98 1/2	98 1/2	5% Elisabethbahn à fl. 200	63	63	63	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	68	68	68	5% Ludwigs-Eisenbahn 2. Em. à fl. 200	—	—	—	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	65 1/2	65 1/2	65 1/2	4% Ludwigs-Bergbacher Eisenbahn fl. 500	—	—	—	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	65 1/2	65 1/2	65 1/2	4 1/2% Bayer. Eisenbahn	124	124	124	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	78 1/2	78 1/2	78 1/2	4% Hessische Ludwigsbahn à Thlr. 200	171	171	171	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—
W. Gotha 5% do.	90 1/2	90 1/2	90 1/2	5% Deferr. Staats-Eisenbahn à 500 fr.	258 1/2	258 1/2	258 1/2	5% Rheinische Eisenbahn (Bergsch.)	—	—	—	Karlsruhe	—

Druck und Verlag von L. Schönbach, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.